

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren,

mein Beitrag richtet sich insbesondere an die kommunalen AktieneigentümerInnen, die heute wieder die Mehrheit der Stimmberechtigten stellen.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, an die Tradition der kommunalen Energieversorger erinnern. Über Jahrzehnte war es Teil dieser Tradition, vor allem auf Substanz zu setzen – auf Substanz in der Region! Manche Anlage, die bei der Gründung der OEW vor hundert Jahren in deren Besitz überführt wurde, steht bis heute noch – und hat somit einen König, einen Kaiser, dreiundzwanzig Kanzler, zwölf Jahre Diktatur, zwei Kriege und fünf Währungsreformen überlebt. Das war nur möglich, weil der Aufbau einer zukunftsweisenden Infrastruktur für die Bürgerschaft Vorrang vor dem kurzfristigen Gewinnstreben hatte. Diese Politik hat den großen Erfolg der kommunalen Zweckverbände ausgemacht. Daher sind unsere grünen Politikerinnen und Politiker in Brüssel und Berlin auch so bestrebt, die Zweckverbände als Institutionen zu erhalten.

Momentan steht die Branche vor einem ähnlich großen Wagnis wie vor hundert Jahren. Ging es damals um Stromversorgung allgemein, geht es heute darum, die Versorgung auf Nachhaltigkeit zu trimmen. Und so wie es damals darum ging, bestimmte Denkmuster zu überwinden – schon die Hochspannungsmasten passten 1909 nicht in die Köpfe – geht es heute darum, sich von überholten Vorstellungen zu lösen.

Ich zitiere aus der Stellungnahme des Vorstands: „Zu einem Energiemix, der die Aspekte Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in ausgewogener Weise erfüllt, gehört nach unserer Meinung aber auch die Kernenergie.“ Ich möchte Sie daran erinnern, dass morgen der Tschernobyl-Jahrestag ist. Noch immer ist die Frage der Endlagerung nicht gelöst. Neben den offenen technischen Fragen und den möglichen Gefahren für Mensch und Umwelt kann bis heute das finanzielle Risiko der Endlagerung noch nicht einmal beziffert werden. Daher wird es Zeit, die Atomkraft als das anzuerkennen, als das sie sich erwiesen hat –

als eine energiepolitische Sackgasse! Ich möchte daher die Stellungnahme des Vorstands neu formulieren. Es sollte heute heißen: „In einem Energiemix, der die Aspekte Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in ausgewogener Weise erfüllt, hat die Kernenergie keinen Platz mehr.“

In unserem Hauptantrag – dem Zukunftseuro, Antrag von Agnieszka Malczak – haben wir skizziert, wie eine Ausrichtung der EnBW aussehen sollte. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass der Vorstand Investitionen im Bereich Wasser, Wind und Biomasse plant. Hier stellt sich jedoch die Frage – geht es um Anlagenerwerb oder die Schaffung neuer Anlagen? Ich bitte den Vorstand, darauf einzugehen.

Wenn sich die EnBW für die Zukunft sicher im Markt positionieren möchte, dann ist sie auf Kooperationen mit kommunalen Akteuren angewiesen. Eine Kooperation setzt jedoch Vertrauen voraus. Allerdings ist die EnBW seit Jahren dabei dieses Vertrauen zu verspielen. Lassen Sie mich nur ein Beispiel, ein wichtiges Beispiel nennen: Yello Strom. Die aggressive Werbekampagne von Yello Strom wird für das Image der EnBW zunehmend zu einer Belastung. Man nennt so etwas auch negativen Imagetransfer – mit unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen und Risiken. Ich fordere Sie deshalb auf, die ohne Rücksicht auf Verluste angestrebte Expansion von Yello zu beenden und auf Atomstrom im Yello-Mix zu verzichten.

Zum Schluss, meine Damen und Herren der OEW, BEV, GSD, LEVW und NEV, die folgende Überlegung: Der europaweit liberalisierte Strommarkt wird die Konkurrenz verstärken. Eigenständig wird die EnBW dabei nur bleiben, wenn sie weiterhin genügend eigene Erzeugungskapazitäten vorhält – und zwar in Form von regenerativen Anlagen. Eine Reduktion auf reinen Vertrieb wäre das Ende der Unabhängigkeit und durch die kommenden Anreizregulierungsverordnungen – die Netzgewinne deutlich schrumpfen lassen – auch verlustträchtig. 39,9 % der von EnBW verkauften Energie müssen bereits jetzt eingekauft werden – das sind 39,9 % zuviel.

Die Eigenständigkeit ist vor allem auch aus folgendem Grund wichtig: eine Übernahme der EnBW durch Dritte würde eine Umwandlung des kommunalen Vermögens in Finanzanlagen bedeuten. Wie sich das auf Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich auswirken wird, können Sie sich wohl vorstellen – Ihre Gemeinden würden deutlich geringere Zuweisungen erhalten. Daher: jetzt dem Zukunftseuro zustimmen, sonst werden künftige Einnahmen gefährdet!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, bitte stimmen Sie für unseren Antrag.